



Brandts Kniefall 1970

Anlässlich der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages ehrte vor 40 Jahren Willy Brandt die Opfer deutscher Welteroberungspolitik. Seine Neue Ostpolitik bat um Vergebung und Versöhnung. **Seite 2**



Karawane durch Mexiko

Zum UN-Klimagipfel in Cancún hat die Kleinbauernbewegung Via Campesina in Mexiko verschiedene Orte besucht, an denen es Protest gegen umweltzerstörerische Projekte gibt. **Seite 3**



Sprung nach Caracas

Der 2007 in Berlin gegründete Verein Interbrigadas organisiert Projektreisen nach Südamerika. Seit Kurzem verfügt er über eine renovierungsbedürftige Zentrale in Caracas. **Seite 10**

Standpunkt

Wackliges Nein

Von Steffen Schmidt

Der Bundesumweltminister hat den Abtransport von abgebrannten Brennelementen aus dem ehemaligen Zentralinstitut für Kernforschung der DDR in Rossendorf nach Russland gestoppt. Eine gute Nachricht? Für die Anwohner der kerntechnischen Anlage Majak am Ural, wo die Castoren hingekommen wären, vielleicht. Obwohl die Gegend schon heute radioaktiv so verseucht ist, dass die vergleichsweise modernen Behälter aus Deutschland die Lage kaum bedrohlicher gestalten hätten. Und für die Anti-AKW-Bewegung in Deutschland? Die muss sich einerseits mit der weiteren Anwesenheit von fast 1000 Brennstäben in einem der riesigen, auch nicht eben sicheren Atommüllzwischenlager abfinden. Andererseits erhöht das Eingeständnis von Minister Röttgen, dass das Wegschieben nach Russland bei den dortigen Sicherheitsstandards keine Endlageralternative ist, den Druck, ein Endlager in Deutschland zu finden.

Die immer wieder von den Gorleben-Gegnern eingeforderte ergebnisoffene Suche allerdings könnte noch zur Zerreißprobe für die Antiatom-Bewegung werden. Denn den einen, für Jahrmillionen mit allen Eventualitäten sicheren Standort wird es kaum geben, das zeigt schon ein Blick in die Studien zu den verschiedenen Wirtsgesteinen von Ton bis Salz. Und so wird bei einer neuen Suche wohl jede Nachbarschaft eines solchen potenziellen Endlagers die Schwächen des Standorts herausstreichen. Hält das Nein zu Russland dann auch noch?

Unten links

Goethe-Institute haben in Schulen des Auslandes fröhlich gefragt, ob Jugendliche deutsche Sprichwörter kennen. Da haben wir ihn wieder, den sprichwörtlichen deutschen Forschergeist, gerichtet aufs Wesen der Dinge. Nun, besonders häufig wurde ein Spruch genannt, den man als Grundlehre deutscher Existenz bezeichnen kann: Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied! Der Kern aller Sozialreformen. Ran an den Speck der Selbstversorgung!, so heißt der neue Volkssport – wer seine Sklerose versorgt haben will, ist nur zu faul zum Joggen! Kleinkinder könnten ihre Milchzähne versichern. Eltern versichern sich gegen die künftige Profitgier ihres Nachwuchses und Alzheimer-Patienten gegen das Unglück eines wiederkehrenden Gedächtnisses. Politiker versichern sich gegen ihre eigenen Reden. Ja, jeder ist seines Glückes Schmied. Allein, es fehlt an Ambossen. Verständlich also, dass sich eine Tendenz verstärkt – und jeder mehr und mehr auf seinesgleichen oder Schwächere schlägt. *hades*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



NATO in Afghanistan unerwünscht

Deutsche und andere ausländische Soldaten auf der Sympathieskala ganz unten

Ausländische Soldaten in Afghanistan sind nach einer Umfrage so unbeliebt wie nie zuvor. Auch Deutschlands Ansehen – konkreter gesagt: das der Bundeswehr – hat gelitten.

Kabul (dpa/ND). Neun Jahre nach Beginn des internationalen Engagements in Afghanistan hat das Ansehen der ausländischen Truppen am Hindukusch einer Umfrage zufolge einen Tiefpunkt erreicht. Nach der am Montag veröffentlichten Befragung im Auftrag des WDR, des US-Senders ABC, der britischen BBC und der »Washington Post« stellen rund zwei Drittel der Afghanen den amerikanischen und den NATO-Truppen ein schlechtes Zeugnis aus. Auch das Ansehen Deutschlands hat stark gelitten. Besonders deutlich ist dieser Trend im Einsatzgebiet der Bundeswehr im Nordosten Afghanistans.

Die Zahl der Befragten, die Anschläge auf NATO-Soldaten befürworten, hat im Einsatzgebiet der Bundeswehr mit 39 Prozent ein Allzeithoch erreicht. Sie liegt deutlich über dem ebenfalls gestiegenen landesweiten Wert (plus 19 auf 27 Prozent). Landesweit lag der Wert 2005 mit 30 Prozent schon einmal höher. Fast zwei Drittel der Afghanen halten Anschläge nicht für gerechtfertigt, im vergangenen Jahr waren das noch gut drei Viertel.

Nach der jährlichen Umfrage haben landesweit inzwischen 41 Prozent der Afghanen eine negative Meinung über Deutschland – so viele wie nie seit 2007, als die Frage das erste Mal gestellt wurde. Positiv über die Deutschen denken 56 Prozent der Befragten. Im Einsatzgebiet der Bundeswehr sind die Werte schlechter: Dort denkt erstmals nur noch eine Minderheit (46 Prozent) positiv über Deutschland. Im Sommer 2007 hatten noch drei Viertel der Menschen im Nordosten eine positive Meinung.

Landesweit sprechen erstmals mehr Afghanen dem Engagement der Deutschen eine negative (plus 9 auf 28 Prozent) als eine positive Rolle (minus sieben auf 25 Pro-



Besonders in Kundus dürften sich die Deutschen einstige Sympathien verscherzt haben. Foto: dpa/Martin Staudinger

zent) zu. Auch hier fällt der Wert im Nordosten noch schlechter aus: Hielten dort vor zwei Jahren noch 45 Prozent die Rolle Deutschlands für gut, hat sich der Wert auf 21 Prozent mehr als halbiert.

»Deutschland wird kaum noch als Verbündeter der Bevölkerung, sondern fast nur noch als ausländische Kriegspartei wahrgenommen«, sagte der stellvertretende Auslandschef des WDR, Arnd Henze. »Punktueller Erfolg im Kampf gegen die Taliban und beim Aufbau der afghanischen Armee werden pragmatisch registriert, aber die Köpfe und Herzen der Menschen erreicht das deutsche Engagement nicht mehr.«

Trotz aller Schwierigkeiten glauben 59 Prozent der Afghanen, ihr Land sei auf dem richtigen Weg. Das ist zwar ein Minus von elf Punkten verglichen mit 2009, aber immer noch ein Plus von 19 Punkten verglichen mit einem weiteren Jahr zuvor. 64 Prozent der Befragten halten die Taliban für die größte Gefahr für ihr Land, gefolgt von Drogenhändlern (14 Prozent). Trotz der verbreitet negativen Meinung über die ausländischen Streitkräfte befürworten immer noch 62 Prozent der Afghanen die Anwesenheit der amerikanischen und 54 Prozent die der NATO-Truppen. Der Sprecher der NATO-geführten Internationalen

Schutztruppe ISAF, Josef Blotz, sagte gegenüber dpa, es gebe zwar »Hotspots« in Afghanistan, in denen die Sicherheitslage schlecht sei. »Aber dieses Land steht keineswegs in Flammen.«

Die sechste Umfrage der vier Medien basiert auf der Befragung von 1691 repräsentativ ausgewählten Afghaninnen und Afghanen in allen 34 Provinzen. Ihnen wurden im November von 98 weiblichen und 111 männlichen Interviewern des »Afghan Center for Socio-Economic and Opinion Research« rund 150 Fragen gestellt. Die Umfrage hat nach WDR-Angaben eine statistische Unschärfe von 3,5 Prozent.

Wikileaks lockt seine Jäger ins Labyrinth

US-Dokumente über kritische Infrastrukturen veröffentlicht – auch deutsche Firmen aufgelistet

Von René Heilig

Obwohl die staatlich gelenkten Angriffe gegen die Internet-Enthüllungplattform Wikileaks zunehmen, kommen permanent weitere Dokumente aus dem US-Außenministerium in die Öffentlichkeit. Nun geht es um eine geheime Liste von Infrastrukturen in aller Welt, darunter auch deutsche, die angeblich wichtig sind für die nationale Sicherheit der USA.

In einer Mitteilung des Washingtoner Außenministeriums vom Februar 2009 werden die US-Botschaften weltweit aufgefordert, Orte oder Infrastrukturen aufzulisten, »deren Verlust entscheidende Folgen für die öffentliche Gesundheit, die wirtschaftliche Sicherheit und/oder die nationale und innere Sicherheit der USA« haben würde. Genannt werden hunderte Pipelines und wichtige Datenkabel, aber auch Firmen, deren Produktion bedeutend für die USA sei.

In der Liste finden sich mehr als ein Dutzend deutsche Unternehmen, so das BASF-Stammwerk in Ludwigshafen, das als »weltgrößter zusammenhängender Chemie-Komplex« vermerkt ist. Auch Firmen wie Siemens als wichtiger Hersteller von Transformatoren und Turbinen zur Stromgewinnung aus Wasserkraft, die Lübecker Drägerwerk AG (Gasmess-technik), Junghans Feinwerktechnik im baden-württembergischen Schramberg sowie diverse pharmazeutische und medizintechnische Unternehmen in Hameln, Dessau-Roßlau, Dreieich, Marburg oder Ravensburg sind genannt. Auf der Liste stehen das ostfriesische Norden und die Nordseeinsel Sylt als Anlandepunkte für die transatlantischen Unterseekabel TAT-14 und AC-1 zur Datenübertragung zwischen Europa und den USA.

Das von Wikileaks veröffentlichte US-Dokument macht erstmals öffentlich, wie weitgehend Wa-

shington ausländische Firmen und Einrichtungen für die eigene Sicherheit in Beschlag nimmt. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden kritische Infrastrukturen nicht mehr so besorgt bewertet.

Gleichfalls politisch brisant sind Einschätzungen zum Afghanistan-Krieg. »Niemand in Europa glaubt mehr an Afghanistan«, sagte der damalige belgische Regierungschef Herman van Rompuy am 4. Januar dieses Jahres gegenüber dem US-Botschafter in Belgien. Die EU-Truppen bleiben in Afghanistan »aus Respekt den Amerikanern gegenüber noch 2010«. Die europäischen Verbündeten wollten aber »Ende 2010 Ergebnisse sehen«, das sei »die letzte Chance«, betonte van Rompuy, der heute EU-Ratspräsident ist.

Unterdessen kündigte der mit Interpol-Haftbefehl gesuchte Wikileaks-Mitbegründer Julian Assange die Veröffentlichungen von Dokumenten über Russland an.

Wikileaks wurden rund 250 000 Depeschen von US-Botschaften zugespielt, die seit gut einer Woche nach und nach ins Internet kommen. Bis zum Wochenende wurden erst rund 800 Dokumente vorgestellt. Die USA versuchen mit allen Mitteln, das Datenleck zu schließen. So löschte der Anbieter Everydns.net die Hauptadresse Wikileaks.org von seinen Servern, die Übersiedlung auf eine Schweizer Webseite brachte nur kurzen Erfolg. Denn wieder war der Anbieter eine US-Internetfirma.

Genützt hat das alles nichts. Es gibt mittlerweile dutzende Enthüllungsseiten – alle auf aktuellem Stand. Daneben existieren hunderte »Mirrors« (Spiegelungen), die von Wikileaks-Sympathisanten betrieben werden. Am »Mirroring« hatte sich der größte US-Geheimdienst NSA schon vor rund zehn Jahren die Zähne ausgebeissen, als es um die Veröffentlichung eines Verschlüsselungsprogramms ging.

Atommüll nicht nach Russland

Bundesumweltminister stoppt Ausfuhr

Bonn (ND/dpa). Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) hat den umstrittenen Atommüll-Transport aus dem Zwischenlager Ahaus nach Russland vorerst gestoppt. Der Zielort, die Wiederaufbereitungsanlage Majak im Ural, sei nicht in Betrieb, begründete Röttgen am Montag in Bonn seine Entscheidung. Die 951 Brennelemente, die ursprünglich aus dem DDR-Forschungsreaktor Rossendorf stammen, werden nun im westfälischen Ahaus bleiben. Die Umweltorganisation Greenpeace sprach von einer überfälligen Entscheidung. Röttgen sagte, er sei nach sorgfältiger Prüfung »zu der Überzeugung gekommen, dass gegenwärtig nicht angenommen werden kann, dass die Voraussetzungen für eine schadlose Verwertung vorliegen«. Bei einer Änderung des Sachverhalts kann nach Angaben von Röttgen ein neuer Antrag gestellt werden.

Die Brennelemente aus dem DDR-Forschungsreaktor Rossendorf bei Dresden waren 2005 nach Ahaus gebracht worden. Auf Intervention Sachsens sollten sie nach Majak transportiert werden, weil sie aus der früheren Sowjetunion stammen. Die Genehmigung für das Zwischenlager Ahaus ist nach Angaben einer Ministeriumssprecherin auf 40 Jahre befristet. Röttgen sagte, er habe sich bei seiner Entscheidung insbesondere auf ein Gutachten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit gestützt.

Kurz

Taliban-Anschläge

Islamabad (dpa). Bei Selbstmordanschlägen der Taliban auf ein Treffen regierungstreuer Stammesältester in Pakistan sind am Montag nach Krankenhausangaben mindestens 43 Menschen getötet worden. Die Attentate geschahen im halbautonomen Stammesgebiet Mohmand an der afghanischen Grenze.

Brände gelöscht

Tel Aviv/Haifa (dpa). Die schweren Waldbrände im israelischen Karmel-Gebirge sind dank der ersten richtigen Regenfälle seit acht Monaten schneller als erwartet gelöscht worden. Die Zahl der Todesopfer stieg am Montag auf 42.

Gaspreise steigen

Heidelberg (dpa). Zum Jahreswechsel müssen sich viele Verbraucher in Deutschland auf höhere Gaspreise einstellen. 73 Gasanbieter hätten Preissteigerungen von im Schnitt sieben Prozent angekündigt, teilte das Verbraucherportal Verivox am Montag mit.

München wächst

München (dpa). In München wird die Bevölkerung einer Studie zufolge in den kommenden Jahren so stark wachsen wie in keiner anderen deutschen Großstadt. Bis zum Jahr 2020 sei mit einem Plus von 6,4 Prozent zu rechnen, heißt es in einer Studie.